26

# ifo Weltwirtschaftsklima weiter verbessert

# Ergebnisse des 112. World Economic Survey (WES) für das zweite Quartal 2011<sup>1</sup>

Gernot Nerb und Johanna Plenk

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist weiter gestiegen, allerdings nur leicht. Der Anstieg resultierte ausschließlich aus einer günstigeren Einschätzung der derzeitigen Lage. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate dagegen schwächten sich etwas ab, bleiben aber immer noch zuversichtlich. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft in den nächsten sechs Monaten fortsetzen wird, wenn auch abgeschwächt.

## **Die wichtigsten Ergebnisse**

- Die derzeitige wirtschaftliche Lage wurde in den meisten Regionen günstiger als in der vorangegangenen Erhebung beurteilt und überwiegend als »zufriedenstellend« eingeschätzt.
- Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind zwar etwas weniger zuversichtlich, bleiben aber im positiven Bereich.
- Die Inflationsbefürchtungen sind weltweit gestiegen. Es wird in diesem
  Jahr mit einem Preisanstieg von 3,8%
  im Weltdurchschnitt gerechnet, während zu Jahresanfang noch von einem Anstieg von 3,4% ausgegangen worden war.
- Wohl wegen der zunehmenden Inflationsgefahren wird von deutlich mehr WES-Experten mit steigenden Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet.
- Der US-Dollar, der Euro sowie das britische Pfund werden im Weltdurchschnitt als angemessen bewertet gesehen. Der Yen erscheint den WES-Experten dagegen überbewertet.

# Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

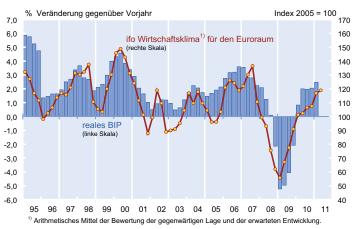
Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist im zweiten Quartal weiter leicht gestiegen und liegt nun klar über seinem langfristigen Durchschnitt (vgl. Abb. 2). Die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist gegenüber dem ersten Quartal 2011 merklich positiver. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate schwächten sich dagegen leicht ab, bleiben aber insgesamt zuversichtlich. Die neuesten Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum fortsetzt, dies aber weiterhin mit erheblichen Unterschieden in den einzelnen Mitgliedsländern.

Die aktuelle Wirtschaftslage wird in Deutschland als hervorragend, in Österreich und Finnland als gut und in Belgien, den Niederlanden und der Slowakei noch als günstig beurteilt. In Frankreich, Estland und Zypern wird die derzeitige wirtschaftliche Situation von den WES-Experten, aufgrund einer merklichen Verbesserung, nun als zufriedenstellend angese-



Im April 2011 hat das ifo Institut zum 112. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« - kurz WES - bei 1 107 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 120 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteliährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen - Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten - abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



Quelle: Eurostat; Ifo World Economic Survey (WES) II/2011.

hen. Unverändert ungünstig bleibt die aktuelle Wirtschaftslage in *Italien*. In *Griechenland, Irland, Spanien* und *Portugal* beurteilen die Wirtschaftsexperten die derzeitige wirtschaftliche Situation als sehr schwach. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind im *Euroraum* im Durchschnitt etwas weniger zuversichtlich als in der vorangegangenen Erhebung, bleiben aber weitgehend im positiven Bereich. In *Griechenland*, vor allem jedoch in *Portugal*, signalisieren die Erwartungen für die nächsten sechs Monate allerdings eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

In Westeuropa außerhalb des Euroraums herrscht weiterhin ein günstiges Wirtschaftsklima in Norwegen, Schweden und in der Schweiz. In diesen Ländern bleiben sowohl die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate zuversichtlich. In Dänemark und in Monaco wird die aktuelle Lage den WES-Experten zufolge als zufriedenstellend beurteilt; auch im Laufe der nächsten sechs Monate rechnen sie mit einer weiteren Verbesserung. Es wird erwartet, dass insbesondere in Dänemark der Exportsektor weiter zulegen wird. In Großbritannien und Island bleiben die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage unverändert ungünstig. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind jedoch in beiden Ländern im positiven Bereich: insbesondere in Großbritannien, wo vor allem im Bereich der Exporte ein erhebliches Anziehen erwartet wird, hellten sich die Erwartungen im Vergleich zur Vorquartalsumfrage spürbar auf.

Der Indikator für das Wirtschaftsklima in Nordamerika ist nach seinem Höhenflug im Januar zwar wieder etwas zurückgegangen, befindet sich aber weiterhin deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das gilt vor allem für die *USA*. Während sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation etwas verbesserten, wurden die Erwartungen für

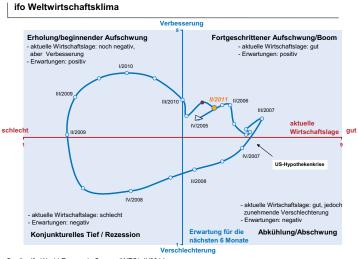
die nächsten sechs Monate erheblich nach unten korrigiert; dennoch sind sie immer noch im positiven Bereich. Die derzeit bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme der *USA* sind den Experten zufolge die hohe Arbeitslosigkeit und öffentliche Haushaltsdefizite. In *Kanada* haben sich sowohl die Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage, als auch der Erwartungen für die kommenden sechs Monate kaum verändert und bleiben auf einem günstigen Niveau.

Der Wirtschaftsklimaindikator in Asien verlor im April etwas an Höhe nach seinem starken Anstieg im Januar. Sowohl die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen sind gleichermaßen etwas weniger positiv. Trotzdem befindet sich der Klimaindikator weiterhin deut-

lich über seinem langfristigen Durchschnitt. Als sehr günstig wird von den WES-Experten die aktuelle Wirtschaftslage in Hongkong, Indien, Indonesien, Singapur und Südkorea beurteilt. Mit Ausnahme von Südkorea verbesserten sich in allen diesen Ländern die Urteile gegenüber dem Vorquartal. Die wirtschaftlichen Perspektiven für die nächsten sechs Monate bleiben positiv, in Südkorea und Indonesien jedoch zu einem geringeren Grad als zu Jahresanfang. Die WES-Teilnehmer erwarten in allen diesen Ländern Wachstumsimpulse vor allem vom Exportsektor im nächsten halben Jahr. Als »gut« wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation in Malaysia, auf den Philippinen, Sri Lanka und Thailand bewertet, und zumindest als »zufriedenstellend« in Bangladesch, China und Taiwan. In fast allen diesen Ländern bleiben die Wirtschaftserwartungen für die nächsten sechs Monate positiv, jedoch in Sri Lanka, Bangladesch und Malaysia zu einem erheblich niedrigeren Grad als in der vorangegangenen Erhebung. Insbesondere in China sind die befragten Wirtschaftsexperten eher vorsichtig in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten halben Jahr. Die WES-Experten rechnen mit einer Abschwächung der Ausrüstungsinvestitionen in den nächsten sechs Monaten. Auch von der privaten Konsumnachfrage sowie vom Exportsektor wird keine wesentliche Belebung im nächsten halben Jahr erwartet. Die Mehrheit der befragten chinesischen Wirtschaftsexperten geht davon aus, dass der Handelsüberschuss innerhalb der nächsten sechs Monate sinken wird; fast jeder zehnte erwartet sogar ein Handelsdefizit. Abgesehen davon ist die hohe Inflationsrate, wie in den meisten asiatischen Ländern, zurzeit eines der größten wirtschaftlichen Probleme Chinas. In Vietnam verschlechterten sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation wiederum erheblich und werden nun als ungünstig angesehen. Auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden merklich nach unten revidiert. Das Wirtschaftsklima in Japan verschlechterte sich beträchtlich aufgrund der Zerstörungen, die das

Box 1 ifo Konjunkturuhr und das Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Der ifo Weltwirtschaftsklimaindikator hat sich weiterhin leicht aufgehellt. Die Verbesserung resultierte aus positiveren Urteilen zur aktuellen Wirtschaftslage. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate trübten sich etwas ein, bleiben aber immer noch zuversichtlich. Die Datenkonstellation deutet darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft in den nächsten sechs Monaten fortsetzen wird, wenn auch abgeschwächt.



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2011.

Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

Erdbeben, der Tsunami und die nukleare Katastrophe verursachten. Die aktuelle Wirtschaftslage wird als sehr schlecht beurteilt, und die WES-Experten gehen zumindest auf kurze Sicht nur von geringen Impulsen für Ausrüstungsinvestitionen sowie für die private Konsumnachfrage aus. Im Laufe der nächsten sechs Monate wird erwartet, dass die wirtschaftliche Lage in etwa gleich bleiben wird. Nach dem Kommentar eines *japanischen* WES-Experten werden die Wiederaufbaumaßnahmen nach einiger Verzögerung wahrscheinlich zu einer Nachfragebelebung, insbesondere der sozialen Infrastrukturinvestitionen, führen, was die *japanische* Wirtschaft vorübergehend ankurbeln wird. Dennoch müssen auch negative Aspekte berücksichtigt werden: die sukzessive Stromabschaltung und die damit einhergehende Stromverknappung könnten die Industrieproduktion ne-

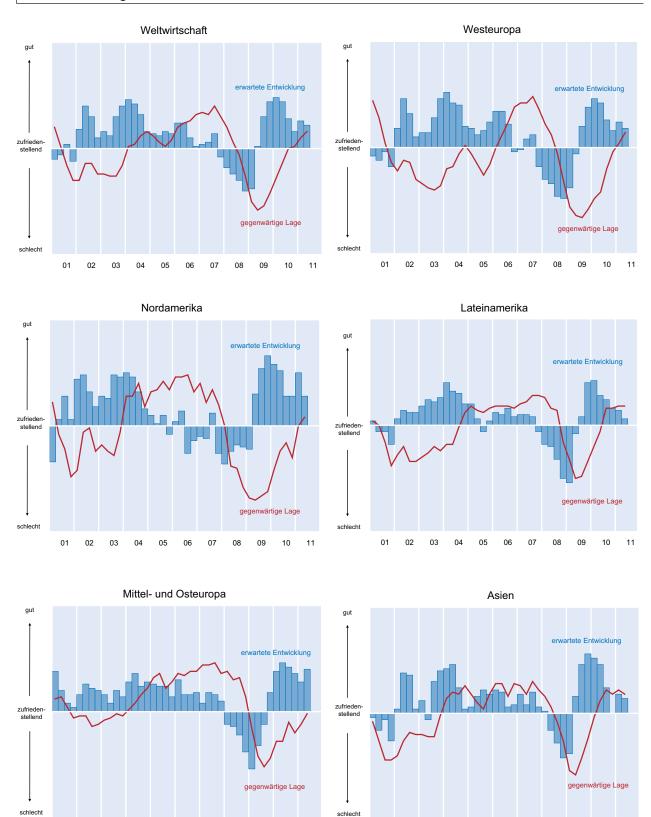
gativ beeinflussen. Zusätzlich könnte die Angst vor radioaktiver Strahlung durch die zerstörte Atomkraftwerksanlage voraussichtlich einen bedeutenden negativen Effekt auf die wirtschaftliche Stimmung haben. Zurzeit hat Japan neben »Haushaltsdefiziten« auch mit »mangelndem Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung« als bedeutendste wirtschaftliche Probleme zu kämpfen.

Der Wirtschaftsklimaindikator in Mittel- und Osteuropa ist, nach zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit geringer Dynamik, erstmals wieder gestiegen. Der Anstieg des Indikators ist auf die wesentlich günstigeren Urteile sowohl der aktuellen Wirtschaftslage als auch der Erwartungen für die nächsten sechs Monate zurückzuführen. Zudem rechnen die WES-Experten für das Jahr 2011 mit einem moderaten Wirtschaftswachstum von 2,8%, was dafür spricht, dass die Erholung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Region Fuß gefasst zu haben scheint. In Polen und Tschechien herrscht den WES-Experten zufolge weiterhin eine günstige Wirtschaftslage vor. In Litauen verbesserten sich die Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Laae erheblich, und sie wird ietzt als zufriedenstellend angesehen. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben in diesen Ländern positiv. Vor allem Ausrüstungsinvestitionen und der Exportsektor werden nach Meinung der Umfrageteilnehmer im nächsten halben Jahr weiter zulegen. In Bulgarien, Ungarn und Lettland wird die aktuelle Wirtschaftslage immer noch als ungünstig angesehen, obwohl die Urteile im Vergleich zur Erhebung im Januar etwas positiver sind. Die Erwartungen für die nächs-

ten sechs Monate bleiben in den genannten Ländern zuversichtlich, und auch der Exportsektor wird sich nach Ansicht der befragten Experten im nächsten halben Jahr weiter verstärken. Im EU-Mitgliedsland *Rumänien* wird die gegenwärtige wirtschaftliche Lage weiterhin als sehr schwach beurteilt. In den nächsten sechs Monaten wird zumindest eine Verbesserung der Wirtschaftssituation erwartet.

In den durch WES erfassten Ländern der GUS (Russland, Kasachstan, Ukraine, Kirgisien und Usbekistan) hat sich der Indikator für das Wirtschaftsklima gegenüber der Vorquartalsumfrage kaum verändert. Während sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage etwas verbesserten und nun ein zufriedenstellendes Niveau erreichen, bleiben die Erwartungen für die nächsten sechs Monate unverän-

Abb. 3 Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2011.

Box 2 Was sind die wichtigsten Probleme?

Im **Weltdurchschnitt** rangierten diesmal bei dieser im halbjährlichen Turnus gestellten Frage die öffentlichen Haushaltsdefizite an erster Stelle, gefolgt von *Inflation* und erst an dritter Stelle das in den vergangenen zwei Jahren alles dominierende Problem der *Arbeitslosigkeit*.

Diese Reihenfolge der Probleme kennzeichnet im Einzelnen auch die Einschätzung in **Westeuropa**.

In **Nordamerika** werden von den WES-Experten die öffentlichen Schulden als Problem Nummer 1 angesehen, allerdings nur knapp vor Arbeitslosigkeit und Auslandsschulden.

In Lateinamerika wird das Hauptproblem in mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, gefolgt vom Inflationsproblem und dem fehlenden Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Landes gesehen.

In **Australien** steht der *Arbeitskräftemangel* an vorderster Stelle der Probleme, gefolgt von *Zweifeln in die Vertrauenswürdigkeit der im Lande praktizierten Wirtschaftspolitik.* Auf dem drittwichtigsten Platz der Problemrangliste landete, zusammen mit der *Inflation*, der *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit*.

In **Asien** rangiert die *Inflation* vor dem *mangelnden Vertrauen in die* Wirtschaftspolitik des eigenen Landes und dem Fachkräftemangel.

**Mittel- und Osteuropa** leidet nach Ansicht der WES-Experten hauptsächlich unter den hohen öffentlichen Schulden, gefolgt von hoher Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des eigenen Landes.

In den **GUS-Staaten** – ähnlich wie in Lateinamerika – rangiert die *mangelnde Wettbewerbsfähigkeit* ganz oben auf der Problemliste, gefolgt von *Inflation* und dem, als gleich wichtig eingestuften *Mangel an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik*.

**Afrika** ist schließlich die einzige Region der Welt, in der *Arbeitslosigkeit* weiterhin als Problem Nummer 1 genannt wird, gefolgt von *fehlender internationalen Wettbewerbsfähigkeit* und einem *Mangel an Fachkräften*.

	Welt	West- europa	Nord- amerika	Latein- amerika	Ozeanien (Australien)	Asien	Naher Osten	Afrika	Mittel- und Osteuropa	GUS
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung				3	2	2			3	2,5
Unzureichende Nachfrage							1			
Arbeitslosigkeit	3	3	2				3	1	2	
Inflation	2	2		2	3,5	1	2			2,5
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit				1	3,5			2		1
Mangel an Fachkräften					1	3		3		
Haushaltsdefizite	1	1	1						1	
Auslandsverschuldung			3							

dert im positiven Bereich. Dasselbe Bild gilt vor allem für Russland. So verbesserten sich die Beurteilungen zur aktuellen Wirtschaftslage marginal und liegen immer noch auf dem "Befriedigend«-Niveau. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben positiv. Die WES-Experten in Kasachstan und Usbekistan beurteilen die aktuelle Wirt-

schaftslage als günstig. Der Ausblick für die nächsten sechs Monate ist in beiden Ländern zuversichtlich. Die Umfrageergebnisse deuten vor allem in *Kasachstan* auf eine Zu-

nahme der Exporte im nächsten halben Jahr hin. In einer relativ schlechten wirtschaftlichen Verfassung befinden sich weiterhin die *Ukraine* und *Kirgisien*. In beiden Ländern werden Ausrüstungsinvestitionen und der private Konsum als sehr schwach empfunden. In Kirgisien wird die makroökonomische Entwicklung in den kommenden Monaten gedämpft bleiben. Neben »Haushaltsdefiziten« ist die »Inflation« das derzeit bedeutendste wirtschaftliche Problem in diesem Land.

Der Wirtschaftsklimaindikator in Australien stieg im April aufgrund von positiveren Urteilen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage, die weiterhin als günstig angesehen wird. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben im positiven Bereich. Den WES-Experten zufolge sind die derzeit bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme in Australien der »Mangel an Fachkräften« sowie »mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung«. Dagegen hat Neuseeland mit »Haushaltsdefiziten«, »Auslandsverschuldung« und einer »unzureichenden Nachfrage« zu kämpfen. Die private Konsumnachfrage und die Ausrüstungsinvestitionen werden als sehr schwach beurteilt und es nach Ansicht der befragten Wirtschaftsexperten auch in den kommenden sechs Monaten bleiben. Dementsprechend wird die allgemeine Wirtschaftslage als sehr ungünstig angesehen. Im nächsten halben Jahr erwarten die WES-Experten eine Verbesserung der aktuellen Situation einhergehend mit einem weiteren Anziehen des Exportsektors.

Der Wirtschaftsklimaindikator in Lateinamerika verschlechterte sich etwas aufgrund der weniger positiven Erwartungen. Die Urteile zur aktuellen Lage halten sich dagegen in dieser Region auf einem günstigen Niveau. In *Paraguay, Peru* und *Uruguay* bleibt nach Ansicht der WES-Exper-

ten die aktuelle Wirtschaftslage besonders günstig, trotz einer Abschwächung im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung. Am besten ist die wirtschaftliche Lage in *Chile*, wo sich die entsprechenden Urteile sogar weiter verbesserten. Dagegen wurden die Erwartungen in allen diesen Ländern erheblich nach unten revidiert, bleiben aber immer noch positiv. In *Argentinien* und *Kolumbien* verbesserten sich sowohl die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen. Somit bleibt hier

weiterhin ein günstiges Wirtschaftsklima bestehen. In beiden Ländern dürften den WES-Experten zufolge vor allem die Exporte im nächsten halben Jahr weiter zulegen. Dagegen kühlte sich in Brasilien das Wirtschaftsklima etwas ab, und zwar aufgrund einer merklichen Verschlechterung beider Komponenten. Die derzeitige wirtschaftliche Situation wird aber dennoch noch als günstig angesehen, hauptsächlich dank einer starken privaten Konsumnachfrage. Die Erwartungen deuten auf eine weitere Stabilisierung der Konjunktur auf gegenwärtigem Niveau hin. Wie in fast allen lateinamerikanischen Ländern wird auch in Brasilien die hohe Inflationsrate als eines der derzeit bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme angesehen. In Mexiko, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador, El Salvador und Panama wird die derzeitige Wirtschaftslage von den WES-Experten als zufriedenstellend beurteilt. Der Wirtschaftsausblick für die kommenden sechs Monate bleibt positiv, obwohl Revisionen nach unten im Vergleich zur Vorguartalsumfrage sichtbar sind. In folgenden Ländern scheint nicht die Inflation das derzeit bedeutendste Problem zu sein, sondern eher die »hohe Arbeitslosenrate« in Mexiko und El Salvador, der »Mangel an Fachkräften« in Panama, die »öffentlichen Haushaltsdefizite« in Costa Rica und der Dominikanischen Republik, sowie das »mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung« in Ecuador. In Bolivien, Guatemala und Trinidad und Tobago verschlechterte sich die aktuelle Wirtschaftslage gegenüber der vorangegangenen Januar-Umfrage und wird jetzt von den befragten Experten als ungünstig empfunden. In Bolivien und Trinidad und Tobago sehen die WES-Experten in den nächsten sechs Monaten keine durchgreifende Verbesserung der Wirtschaftssituation, da sowohl Ausrüstungsinvestitionen als auch der private Konsum schwach bleiben werden. Hinzu kommt die drohende Gefahr der Inflation in beiden Ländern. In Guatemala hingegen bleiben die wirtschaftlichen Erwartungen im positiven Bereich. Keine Zeichen einer Verbesserung können dagegen in Venezuela beobachtet werden. Die derzeitige Lage wurde erneut als sehr schlecht beurteilt, mit keiner Aussicht auf Verbesserung im nächsten halben Jahr. Neben einer hohen Inflationsrate herrscht »mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung« als derzeit wichtigstes wirtschaftliches Problem vor.

Der Wirtschaftsklimaindikator im Nahen Osten stieg im April erheblich aufgrund der positiveren Urteile sowohl zur aktuellen Wirtschaftslage als auch des zuversichtlicheren Ausblicks für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. In Israel, Kuwait und Saudi-Arabien wird die aktuelle Wirtschaftslage als sehr günstig beurteilt. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben in Kuwait und Saudi-Arabien optimistisch und, zumindest positiv, in Israel, trotz einer leichten Korrektur nach unten. Auch in der Türkei und in den Vereinigten Arabischen Emiraten verbes-

serte sich die derzeitige Lage und gilt den WES-Experten zufolge als günstig. Der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate bleibt in beiden Ländern zuversichtlich. Im Vergleich zur Vorquartalsumfrage wurden die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage im *Libanon* und in *Syrien* erheblich nach unten korrigiert; trotzdem bleiben die Urteile in einem zufriedenstellenden Bereich. Während die WES-Experten in *Syrien* mit keiner großen Veränderung in den nächsten sechs Monaten rechnen, gehen die befragten Experten im *Libanon* von einer weiteren Verschlechterung der allgemeinen Lage, der Ausrüstungsinvestitionen, der privaten Konsumnachfrage und des Exportsektors aus; außerdem sehen sie »unzureichende Nachfrage« als das derzeit wichtigste wirtschaftliches Problem.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage in den nordafrikanischen Ländern Ägypten, Marokko und Tunesien hat sich gegenüber der vorangegangenen Erhebung im Januar erheblich verschlechtert. Die politischen Unruhen dauern weiterhin an. Das zurzeit bedeutendste wirtschaftliche Problem ist in diesen Ländern – den WES-Experten zufolge – die hohe Arbeitslosigkeit. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verbesserten sich in Marokko und insbesondere in Tunesien, wo sie nun im positiven Bereich liegen. In Ägypten jedoch sind die befragten Experten weniger optimistisch als im Januar, aber ihrer Meinung nach ist eine Verbesserung in den nächsten sechs Monaten in Sicht. In Algerien hat sich die derzeitige wirtschaftliche Situation erheblich verbessert und wird nun von den WES-Experten als günstig beurteilt. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate bleiben optimistisch; es wird erwartet, dass besonders der Exportsektor in den kommenden Monaten zulegen wird. Als derzeit wichtigste Probleme nannten die Umfrageteilnehmer »mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit« sowie »Arbeitslosigkeit«.

Ein günstiges Wirtschaftsklima herrscht weiterhin in Südafri-ka vor. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage verbesserten sich etwas und werden nun als günstig angesehen. Die Erwartungen wurden zwar etwas nach unten korrigiert, bleiben aber immer noch sehr zuversichtlich. Die bedeutendsten Wirtschaftsprobleme derzeit sind eine »hohe Arbeitslosigkeit« bei gleichzeitigem »Mangel an Fachkräften«.

### **Erwartetes Wirtschaftswachstum im Jahr 2011**

Wie jedes Jahr wird in der WES-Umfrage für das zweite Quartal nach der erwarteten quantitativen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>2</sup> gefragt (vgl. Tab. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, zusammengewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welthandel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist.

Tab. 1 | Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für 2011 und 2010 (April 2011 und April 2010)

Region	II2011	II/2010	Region	II/2011	II/2010
Durchschnitt der Länder <sup>a)</sup>	3,2	2,7	Nordamerika	2,7	2,8
Hochlohnländer	2,6	2,2	Kanada	2,9	3,0
Mittleres Einkommensniveau	5,1	4,1	USA	2,7	2,7
oberes Mittel	4,5	3,3			·
unteres Mittel	6,0	5,4	Ozeanien	3,1	3,1
Niedriglohnländer	5,7	4,3	Australien	3,3	3,3
EU (27 Länder)	2,0	1,3	Neuseeland	1,3	1,7
EU (alte Mitglieder) <sup>b)</sup>	1,9	1,3			
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup>	2,9	1,4	Lateinamerika	4,3	3,4
Euroraum <sup>d)</sup>	1,9	1,3	Argentinien	6,3	3,9
Westerman	4.0	4.0	Bolivien Brasilien	3,7	4,0
Westeuropa Belgien	<b>1,9</b> 2,1	<b>1,3</b> 1,4	Chile	4,4 5,6	5,4 4,1
Dänemark	2,1	1,6	Costa Rica	(4,0)	(3,0)
Deutschland	2.6	1,6	Dominikanische Republik	(4,0)	(4,5)
Finnland	3,5	1,8	Ecuador	4,2	2,4
Frankreich	1,7	1,5	El Salvador	2,0	(0,5)
Griechenland	-2,9	-1,5	Guatemala	3,0	1,7
Großbritannien	1,6	1,4	Kolumbien	4,7	2,5
Irland	1,0	0,4	Kuba	(4,0)	_
Island	(2,0)	-0,7	Mexiko	3,9	3,3
Italien	1,3	0,9	Panama	_	(3,8)
Luxemburg	(3,0)	1,9	Paraguay	5,1	7,0
Malta	(2,5)	(1,0)	Peru	6.6	5,2
Monaco	(1,5)		Trinidad und Tobago	1,8	1,3
Niederlande	1,8	1,4	Uruguay	6,0	4,7
Norwegen	3,0	3,1	Venezuela	1,7	-2,3
Österreich Portugal	2,0 -0,9	1,3 0,5	Naher Osten	4,8	3,2
Schweden	4,2	2,5	Israel	3,6	3, <b>2</b> 3,6
Schweden	2,4	1,5	Jordanien	(4,0)	5,0
Spanien	0,9	-0,3	Kuwait	(3,5)	(3,4)
Zypern	1,7	0,3	Libanon	(5,0)	6,5
	-,-	-,-	Saudi-Arabien	4,8	2,9
Mittel- und Osteuropa	2,8	1,4	Syrien	(4,0)	(1,0
Albanien	3,6	_	Türkei	6,4	4,1
Bulgarien	2,4	-0,1	Vereinigte Arabische Emirate	4,0	2,9
Estland	4,6	-0,1			
Kroatien	1,2	0,3	Afrika	4,2	3,5
Lettland	2,8	-1,3	Nördliches Afrika	3,6	n.a.
Litauen	3,7	0,1	Ägypten	2,1	5,0
Montenegro Polen	(2,3) 3,9	2,6	Algerien Marokko	5,2 4,1	4,4 5,2
Rumänien	1,3	0,7	Tunesien	2,3	4,0
Serbien	2,4	1,5	Subsaharisches Afrika	4,6	n.a.
Slowakei	3,9	2,6	Benin	3,6	4,1,
Slowenien	2,2	1,0	Burundi	4,3	-, -,
Tschechien	2,3	1,3	Elfenbeinküste	(0,5)	3,1
Ungarn	2,2	0,3	Gabun	(5,6)	3,1
			Ghana	(6,0)	-
GUS	4,4	3,6	Kenia	5,0	5,0
Georgien <sup>e)</sup>	(5,0)	_	Komoren	2,8	4,4
Kasachstan	5,9	3,2	Kongo Demo. Rep.	5,9	5,6
Kirgisien	3,3	4,9	Republik Kongo	8,0	9,8
Russland Ukraine	4,1	3,7	Lesotho Liberia	3,5	2,8
Usbekistan	(9.0)	2,8 8,1	Madagaskar	7,8 3,0	6,7 2,0
Osbenistan	(9,0)	٥, ١	Malawi	(6,0)	2,0
Asien	4,4	4,6	Mauretanien	4,3	3,5
Bangladesch	6,7	(6,2)	Mauritius	4,5	4,0
China	8,6	9,0	Namibia	4,2	_
Hongkong	6,4	4,6	Niger	5,0	3,3
Indien	8,2	8,1	Nigeria	7,1	(1,0)
Indonesien	6,6	5,5	Ruanda	5,7	6,6
Japan	0,1	1,3	Sambia	6,3	6,1
Malaysia	5,8	2,6	Senegal	(4,5)	- 4.5
Pakistan	3,0	3,8	Sierra Leone	5,2	4,5
Philippinen	5,3	6,2	Simbabwe	6,1	5,0
Singapur Sri Lanka	(5,0)	5,1 5,5	Südafrika Sudan	3,3	2,8
Südkorea	7,2 4,6	5,5 4,5	Swasiland	4,1 –0,8	7,5 2,6
Taiwan	4,6 4,7	4,5 4,8	Tansania	-0,8 6,0	2,6 (6,0)
Thailand	4,7	3,7	Togo	(3,0)	(0,0)
Vietnam	5,6	6,7	Uganda	(6,4)	_
			len Export-/Importanteilen am Weltdi		uuiohtot

Vietnam 5,6 6,7 | Uganda (6,4) —

3 Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. —

b Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien — c) Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. — d) Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. — e) Georgien ist kein Mitglied der GUS-Staaten, wird aber aufgrund der Geographie und Ähnlichkeiten in der Wirtschaftsstruktur in diese Gruppe eingeordnet. — () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2011 und II/2010.

In diesem Jahr wird von den WES-Experten mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,2% gerechnet. Verglichen mit der vor einem Jahr gemeldeten Wachstumsrate fällt damit die Schätzung der WES-Experten einen halben Prozentpunkt höher aus. Während in diesem Jahr die erwarteten wirtschaftlichen Wachstumsraten in Mittel- und Osteuropa und dem Nahen Osten, aber auch in Lateinamerika, den GUS-Staaten, Afrika und Westeuropa höher sind als vor Jahresfrist, liegen in Asien und Nordamerika die erwarteten Wachstumsraten für dieses Jahr etwas unter denen, die vor einem Jahr für 2010 gemeldet wurden. In Australien entsprechen die diesjährigen Wachstumsschätzungen denen vom letzten Jahr.

Insgesamt deuten die neuen Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Wachstumsunterschiede in der Welt in diesem Jahr etwas geringer werden dürften.

#### Inflation zieht an

#### Weltweite Trends

Nach den neuen Umfrageergebnissen sind die Inflationserwartungen der WES-Experten für die nächsten sechs Monate weltweit weiter gestiegen. Für das Gesamtjahr 2011 erwarten die befragten Experten nunmehr einen Preisanstieg von 3,8%, nachdem sie zu Jahresanfang noch von einer Inflationsrate von 3,4% für dieses Jahr ausgegangen waren (vgl. Tab. 2). Der erwartete Aufwärtstrend der Verbraucherpreise ist ein nahezu weltweites Phänomen, hat aber seit der vorangegangenen Erhebung besonders stark zugenommen in Westeuropa (2,6% nach erwarteten 2,0% im Januar 2011) und in Nordamerika (2,5% nach 2,0% im Januar 2011). In anderen Teilen der Welt sind die voraussichtlichen Inflationsraten 2011 zwar weiterhin deutlich höher als in Westeuropa oder Nordamerika, aber der Anstieg der Inflationserwartungen war dort seit Jahresanfang weniger stark (in den GUS-Staaten von 9,6 auf 10,0%, in Asien von 3,6 auf 3,9%, in Mittel- und Osteuropa von 3,4 auf 3,7% und in Afrika von 7,3 auf 7,5%). In Ozeanien blieben die Inflationserwartungen für 2011 unverändert bei 3,3% und im Nahen Osten, hauptsächlich wegen der erwarteten Preisberuhigung in Saudi-Arabien, gingen sie sogar leicht zurück (von 5,6 auf 4,3%).

# Inflationstrends nach ausgewählten Regionen und Ländern

Die von den WES-Experten für den Euroraum erwartete Inflationsrate 2011 von 2,5% liegt deutlich über den mittelfristigen Zielvorstellungen der Europäischen Zentralbank. In etwas geringerem Maße gilt dies auch für die großen Euroländer Frankreich (2,1%), Deutschland (2,3%) und Italien

(2,3%). Die niedrigste Inflationsrate im *Euroraum* wird in *Irland* erwartet, wo die Realwirtschaft immer noch unter den Folgen der geplatzten Finanz- und Immobilienblase leidet. Im Vergleich zum Jahresanfang sind allerdings auch in *Irland* die Inflationserwartungen gestiegen (von 0,9 auf nunmehr 1,9%). Auf der anderen Seite wird in *Griechenland*, das ebenfalls erheblich unter den Folgen der Finanzkrise leidet, im laufenden Jahr eine relativ hohe Inflationsrate erwartet, wenn auch in etwas geringerem Maße als noch im Januar (3,5 nach 3,8%).

Außerhalb des Euroraums werden in Westeuropa voraussichtlich das Vereinigte Königreich und die Schweiz die zwei Extremwerte der Preisentwicklung bilden: Deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt liegt die Inflationsschätzung für 2011 im Vereinigten Königreich (4,3%). Auf der anderen Seite wird die mit Abstand niedrigste Inflationsrate in Westeuropa wiederum in der Schweiz erwartet (1,0% im Jahr 2011). Dort bildet eine starke Aufwertung des Schweizer Franken ein Gegengewicht zu dem Inflationsdruck von außen (Verteuerung von Öl und anderen Rohstoffen).

In Mittel- und Osteuropa haben die Preiserwartungen seit Jahresanfang nur leicht zugenommen (von 3,4 auf 3,7%). Deutlich höher als im Durchschnitt der Region sind die Inflationserwartungen der WES-Experten in Serbien, auch wenn sie sich seit Jahresanfang leicht zurückgebildet haben (von 10,3% zu Jahresanfang auf nunmehr 8,9%). Auch in Rumänien (5,5%) und Bulgarien (5,1%) wird die Preissteigerung in diesem Jahr voraussichtlich wieder über dem Durchschnitt der Region liegen. Die niedrigsten Inflationsraten dürften nach Ansicht der WES-Experten wiederum in Tschechien (2,2%), im Euroland Slowenien (2,3%) sowie in Kroatien (2,6%) vorherrschen.

In Nordamerika, sowohl in den USA als auch in Kanada, wird für das laufende Jahr nun mit einer Inflationsrate von rund 2,5% gerechnet, nachdem diese Schätzungen zum Jahresanfang jeweils erst bei 2,0% lagen.

In Ozeanien, allerdings nur in *Australien*, haben die bereits mehrfach angehobenen Notenbankzinsen verhindert, dass die Inflationserwartungen weiter gestiegen sind, sie verharrten somit auf dem Stand vom Jahresanfang (3,3%). In *Neuseeland* kam es dagegen zu einem Anstieg der Inflationserwartungen für dieses Jahr (von 3,1% zum Jahresanfang auf nunmehr 3,5%).

In Asien sind die Inflationserwartungen nach dem sprunghaften Anstieg zu Jahresbeginn in den vergangenen Monaten nur leicht gestiegen (von 3,6 auf 3,9%). Mit Abstand die höchste Preissteigerung wird auch in diesem Jahr in *Pakistan* (17,1%) und in *Vietnam* (12,5%) erwartet. In *China* scheinen sich die Inflationserwartungen für

Tab. 2 |Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2011 (im April und Januar 2011)

Region	II/2011	I/2011	Region	II/2011	I/2011
Durchschnitt der Länder <sup>a)</sup>	3,8	3,4	Nordamerika	2,5	2,0
Hochlohnländer	2,7	2,3	Kanada	2,4	2,0
Mittleres Einkommensniveau	7,3	7,5	USA	2,5	2,0
oberes Mittel	7,3	7,5			
unteres Mittel	7,3	7,4	Ozeanien	3,3	3,3
Niedriglohnländer	9,7	7,8	Australien	3,3	3,3
EU (27 Länder)	2,8	2,2	Neuseeland	3,5	3,1
EU (alte Mitglieder)b)	2,7	2,1			
EU (neue Mitglieder) <sup>c)</sup> Euroraum <sup>d)</sup>	3,7	3,3	Lateinamerika	7,9	7,9
Euroraum <sup>u</sup>	2,5	1,9	Argentinien	27,1	27,1
			Bolivien	11,8	8,4
Westeuropa	2,6	2,0	Brasilien	6,2	5,5
Belgien	3,1	2,3	Chile	4,5	3,6
Dänemark	2,8	2,2	Costa Rica	(6,0)	(6,0)
Deutschland	2,3	1,9	Dominikanische Republik	(6,0)	(5,5)
Finnland	3,2	2,3	Ecuador	3,8	3,7
Frankreich	2,1	1,6	El Salvador	3,7	2,2
Griechenland	3,5	3,8	Guatemala	6,6	6,1
Großbritannien	4,3	3,5	Kolumbien	3,4	3,4
Irland	1,9	0,9	Kuba	(4,0)	(3,0)
Island	2,8	2,0	Mexiko	4,6	4,3
Italien	2,3	1,9	Panama	(6,0)	(2,5)
Luxemburg	(3,3)	(2,4)	Paraguay	8,6	6,7
Malta	(3,0)		Peru	3.4	2,7
Manaco	(2,0)	_	Trinidad und Tobago	3,4 14,0	2,7 15,0
	(2,0)				
Niederlande		1,7	Uruguay	7,9	6,8
Norwegen	2,2	2,0	Venezuela	27,9	30,0
Österreich	2,6	2,2	Nation Cotton		
Portugal	2,9	1,9	Naher Osten	4,3	5,6
Schweden	2,6	2,0	Israel	3,4	2,9
Schweiz	1,0	0,8	Jordanien	(5,5)	(4,0)
Spanien	3,0	2,4	Kuwait	(5,5)	(5,0)
Zypern	2,7	2,5	Libanon	(5,%	(5,0)
			Saudi-Arabien	3,9	5,3
Mittel- und Osteuropa	3,7	3,4	Syrien	(6,5)	7,3
Albanien	4.2	4,1	Türkei	6,6	6,3
Bulgarien	5,1	4,5	Vereinigte Arabische Emirate	2,9	2,7
Estland	4,2	3,2	g	_,-	-,-
Kroatien	2,6	2,1	Afrika	7,5	7,3
Lettland	4,3	2,7	Nördliches Afrika	6,7	6,4
Litauen	3,6	3,1	Ägypten	14,7	12,8
Montenegro	(1,0)	J, I —	Algerien	4,5	5,1
Polen	3,9	3,3	Marokko	3,1	2,6
			Tunesien	4,5	
Rumänien	5,5	5,5			4,1
Serbien	8,9	10,3	Subsaharisches Afrika	8,0	7,9
Slowakei	3,6	2,7	Benin	3,0	3,4
Slowenien	2,3	2,0	Burkina Faso	(4,0)	
Tschechien	2,2	2,2	Burundi	9,0	10,3
Ungarn	4,2	4,2	Elfenbeinküste	(7,0)	3,9
			Gabun	(4,7)	(3,5)
GUS	10,0	9,6	Ghana	(9,0)	9,8
Georgien <sup>e)</sup>	(13,0)	(9,5)	Kenia	11,4	6,8
Kasachstan	8,9	8,0	Komoren	(5,4)	3,5
Kirgisien	19,3	18,3	Kongo Demo. Rep.	13,0	9,3
Russland	9,7	9,1	Republik Kongo	3,3	4,8
Ukraine	11,7	11,2	Lesotho	5,5	5,9
Usbekistan	(14,7)	(17,0)	Liberia	8,4	6,1
	( , . /	(,0)	Madagaskar	9,2	
Asien	3,9	3,6	Malawi	(10,0)	(7,5)
Bangladesch	9,4	7,3	Mauretanien	7,5	(10,0)
China	9,4 4,9	4,8	Mauritius	6,2	4,9
			Namibia		
Hongkong	4,6	4,3		5,2	5,1
Indien	8,0	8,5	Niger	2,3	2,4
Indonesien	6,4	6,7	Nigeria	11,6	12,8
Japan	0,3	-0,1	Ruanda	7,7	7,3
Malaysia	3,3	4,0	Sambia	9,4	7,5
Pakistan	17,1	14,9	Sierra Leone	14,1	13,7
Philippinen	4,5	4,2	Simbabwe	5,8	5,4
Singapur	(4,0)	(3,0)	Sudan	19,6	17,6
	8,5	8,5	Südafrika	5,1	4,6
Sri Lanka	0,0				
			Swasiland	6.7	4.9
Sri Lanka Südkorea Taiwan	4,5	3,3	Swasiland Tansania	6,7 9.0	4,9 5.0
Südkorea Taiwan	4,5 2,2	3,3 2,0	Tansania	9,0	5,0
Südkorea	4,5	3,3			

Vietnam

12,5

11,3

Uganda

8,3

(4,0)

10,0

11,0

11,0

11,0

11,0

12,0

11,0

12,0

11,0

12,0

13,0

14,0

14,0

15,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

16,0

1

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2011 und I/2011.

Abb. 4
Kurzfristige Zinsen
– Aktuelle Zinssätze<sup>a)</sup> und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



<sup>a)</sup> Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. – <sup>b)</sup> Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich. Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2011.

2011 leicht unter der 5%-Marke einzupendeln. In *Indien* ist der voraussichtliche Preisanstieg in diesem Jahr – trotz einer leichten Korrektur nach unten seit der Januar-Umfrage – immer noch recht hoch (8,0%). Zu den preisstabilsten Ländern in der Region dürfte 2011 wieder *Taiwan* gehören (2,2%). In *Japan* scheint zwar der deflationäre Trend beendet zu sein, der 2011 erwartete Preisanstieg von 0,3% bleibt allerdings sehr gering.

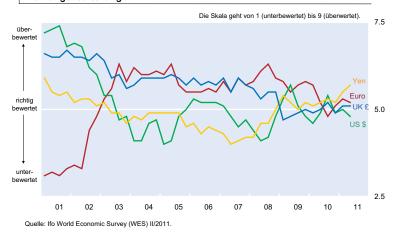
In Lateinamerika hat sich nach Ansicht der WES-Experten an der Inflationsprognose vom Jahresanfang nichts geändert (7,9%). Die Länder mit der höchsten Inflationsrate der Region dürften 2011 wieder *Venezuela* (27,9%) und *Argentinien* (27,1%) sein.

Auf der anderen Seite bleibt nach Ansicht der WES-Experten wohl auch in diesem Jahr die Inflation unter dem Durchschnittswert in *Peru* (3,4%), in *Kolumbien* (3,4%), in *Chile* (4,5%) und in *Mexiko* (4,6%). In *Brasilien* haben sich die Preisperspektiven für 2011 dagegen weiter eingetrübt (von 5,5 auf 6,2%). Dies ist insofern überraschend, da die *brasilianische* Notenbank schon seit einiger Zeit damit begonnen hat, die Zinsen zu erhöhen. Daneben hat sich die *brasilianische* Währung gegenüber dem *Dollar* deutlich aufgewertet und spekulative Finanzzuflüsse werden mit einer Steuer belegt, was insgesamt eher preisdämpfend wirken sollte.

## Häufiger als bisher wird Zinsanstieg erwartet

Im Laufe der nächsten sechs Monate wird von den WES-Experten zunehmend mit einer Straffung der Geldpolitik gerechnet. Dies dürfte vor allem mit den spürbar gestiegenen Inflationserwartungen zusammenhängen. Der Anteil der WES-Experten, die in den nächsten sechs Monaten mit steigenden Zinsen rechnen, ist dementsprechend deutlich größer geworden (vgl. Abb. 4). Dies gilt im weltweiten Durchschnitt gleichermaßen für die kurz- wie auch für die langfristigen Zinsen. In den USA wird jedoch mit einem stärkeren Anstieg der langfristigen als der kurzfristigen Zinsen gerechnet. Dies spiegelt wohl die Vorstellung wider, dass nach dem zu Jahresmitte geplanten Auslaufen des sogenannten »quantitative easing«, d.h. des umfangreichen Aufkaufs von öffentlichen Anleihen durch die Zentralbank, die durch diese Maßnahmen »künstlich« niedrig gehaltenen langfristigen Zinsen steigen werden. Zu den wenigen Ländern, in denen die WES-Experten in den nächsten sechs Monaten mit konstanten oder sogar sinkenden Zinsen rechnen, gehören Albanien, Kroatien, Ungarn, Rumänien, Malaysia und eine Reihe von afrikanischen Ländern.





### Yen erscheint etwas überbewertet

Im weltweiten Durchschnitt werden von den vier Weltwährungen, die in die Sonderziehungsrechte des IWF eingehen, der *US-Dollar*, der *Euro* und das *britische Pfund* von den WES-Experten nahe bei ihrem Gleichgewichtskurs gesehen. Lediglich der *japanische Yen* gilt als überbewertet (vgl. Abb. 5).

Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch zum Teil erhebliche Unterschiede: Eindeutig überbewertet erscheinen den WES-Experten die jeweiligen Landeswährungen in Australien und Neuseeland, der Schweiz, in Asien nicht nur Japan, sondern auch Sri Lanka und Vietnam, wie auch in einigen afrikanischen Ländern wie Elfenbeinküste, Komoren, Lesotho, Südafrika, Namibia und Uganda. Auf der anderen Seite erscheint den befragten WES-Experten die eigene Landeswährung als unterbewertet vor allem in China, aber auch in Bangladesch, in einigen GUS-Staaten (Russland und Ukraine) und afrikanischen Ländern (Nigeria, Burundi, Sierra Leone und Tansania) sowie in einigen lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Mexiko und Venezuela).

Auf die zusätzliche Frage nach der Entwicklung des *Dollarkurses* in den nächsten sechs Monaten, unabhängig davon, wie die einzelnen Währungen fundamental eingeschätzt werden, ergab sich im Weltdurchschnitt ein insgesamt nahezu unveränderter Wert des *US-Dollar*.

Nach Ländern unterschieden, lagen aber erhebliche Unterschiede vor: So wird von den WES-Experten eine Schwächung des *US-Dollar* gegenüber der einheimischen Währung in einigen *asiatischen* Ländern (vor allem in *China, Malaysia, Taiwan* und auf den *Philippinen*), in einigen *GUS-Staaten* (*Russland* und *Kasachstan*) sowie in einigen *lateinamerikanischen* Staaten (*Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Paraguay* und *Uruguay*) erwartet.

Diese Ergebnisse kontrastieren mit einem erwarteten Wertzuwachs des US-Dollar im Laufe der nächsten sechs Monate gegenüber der einheimischen Währung in der Schweiz, in Neuseeland, in mittel- und osteuropäischen Ländern wie Albanien und Litauen sowie in einigen afrikanischen Ländern wie Südafrika, Sudan, Ägypten, Tunesien, Marokko, Burundi, Liberia, Demokrat. Republik Kongo, Nigeria, Sierra Leone, Tansania und Uganda.

Sowohl in *Westeuropa* als auch in großen Teilen *Lateinamerikas* wird der Wert des *US-Dollar* – ebenso wie im Weltdurchschnitt – gemessen an den nationalen Währungen als unverändert im Laufe der nächsten sechs Monate eingeschätzt.